



**Banken enteignen
Kapitalismus bekämpfen!**



Revolutionär Sozialistischer Bund/IV. Internationale

Titel:	Banken enteignen – Kapitalismus bekämpfen!
Herausgeber:	Revolutionär Sozialistischer Bund/ IV. Internationale, November 2008
V.i.S.d.P	Peter H. Kreitz
Layout:	Artur Blechschmidt
Bestellungen:	Über das zentrale RSB-Büro in Mannheim Je Exemplar 1 Euro (Solipreis 2 Euro)
Überweisungen:	RSB, Konto: 544 904 901, Volksbank Hameln, BLZ: 254 621 60 Verwendungszweck: „Broschüre Finanzkrise“
Kontakt zum RSB:	Bundesbüro des RSB/IV. Internationale Postfach 10 26 10 68 026 Mannheim Telefon: 0 621 / 15 64 046 (Di. und Do. 12-18 Uhr) Web: www.rsb4.de E-Mail: buero@rsb4.de

Vorwort

Das kapitalistische Wirtschaftsmodell befindet sich heute in seiner tiefsten Krise seit 1929. Diejenigen, welche noch bis vor wenigen Wochen behaupteten, dass der freie Markt alles regelt, und nach einem schlanken Staat riefen, sind oftmals verstummt oder fordern Finanzhilfen der Bundesregierung. Teile des Kapitals fordern die Verstaatlichung der angeschlagenen Banken und ein aktives Eingreifen der Regierung in das Wirtschaftsgeschehen. Allerdings wird diese Forderung zu meist damit verbunden, dass der Staat sich aus dem Bankensektor zurückziehen soll, sobald es ihnen wieder besser geht. Die Verluste sollen sozialisiert, die Profite privatisiert werden! Im Grunde wird also weitergemacht wie bisher.

In der öffentlichen Debatte wird die Krise überwiegend als ein vom ökonomischen Gesamtprozess abgetrenntes Phänomen aufgefasst. Zwar erscheint dieser Tage Karl Marx immer öfter auf den Titelseiten der bürgerlichen Zeitungen. Selbst das Kampfblatt der Neoliberalen, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, titelte vor wenigen Tagen „Marx hat Recht“. Doch im Gegensatz zu Marx wird die Krise hier als durch „Gier und Größenwahn“ ausgelöste Schockwelle an den Finanzmärkten interpretiert. Guenther Sandleben hingegen liefert mit seinem in dieser Broschüre abgedruckten Artikel „Die große Krise von 2008 – Ursachen, staatliches Krisenmanagement, Folgen“ eine andere, eine marxistische Analyse der Krise. Für ihn ist die Finanzkrise nur der auffälligste Teil eines aus dem Kapitalismus heraus entstehenden Krisenprozesses. Nicht die Raffgier einiger weniger BörsianerInnen und Bankenvorstände ist schuld an der Misere – die Profitlogik der kapitalistischen Wirtschaft erzeugt immer wieder solche Krisen!

Wenn aber die Krise im tiefsten Inneren der Wirtschaft ihre Wurzeln hat, dann lässt sie sich keinesfalls durch neue Regelwerke für den Geld- und Kreditverkehr oder durch eine Ausweitung der Staatsverschuldung beheben. Vielmehr müssen die Banken enteignet werden! Es ist Zeit, den Kapitalismus als Ganzen in Frage zu stellen und sich über mögliche Alternativen Gedanken zu machen. Auf der Delegiertenversammlung des RSB/IV. Internationale im Dezember 2007 beschlossen wir „13 Vorschläge für eine soziale und demokratische Wende“, mit denen wir einen Beitrag zu dieser Debatte leisten möchten. Diese Vorschläge sind nun eingearbeitet worden in ein „Notprogramm zur Lösung der kapitalistischen Krise“, welches wir in dieser Broschüre veröffentlichen. Gerade heute, in Zeiten der größten Wirtschaftskrise seit 1929, kann unsere Antwort nur sein: „Unser Leben ist mehr Wert als ihre Profite!“



Für ein Notprogramm der kapitalistischen

Die globale Krise des Kapitalismus steckt noch in den Anfängen. Sie verpflichtet die antikapitalistischen Kräfte, ein Programm auf der Höhe der historischen Situation zu formulieren.

Die Finanzkrise bekämpfen und die Macht des Kapitals brechen!

Der Bundestag hat zur Rettung der Banken 80 Mrd. Euro Direkthilfen und über 400 Milliarden Euro Bundesbürgschaften bereitgestellt. Die Bundesländer sind mit bis zu 7,7 Mrd. Euro

dabei. Außerdem zahlen sie für Verluste ihrer maroden Landesbanken.

Jede Milliarde für die Banken ist eine Milliarde, die sie bei uns kürzen wollen. Haben uns die Propheten der freien Marktwirtschaft in Bund und Land nicht Tag für Tag gepredigt: „Es ist kein Geld da“? Haben sie nicht Rentenkürzung, Studiengebühren, Hartz IV und die Privatisierung Öffentlicher Dienste mit „leeren Kassen“ gerechtfertigt? Die neoliberalen Marktschreier sind die ersten, die jetzt nach Staatsknete rufen und die 480 Mrd.-Hilfe rechtfertigen.



zur Lösung Krise!

Laut UNO reichen 9 Mrd. Dollar jährlich, um die gesamte „dritte Welt“ mit sanitären Anlagen und fließendem Wasser zu versorgen. Stattdessen werden jetzt weltweit Billionen Euro für die Banken und die Finanzwirtschaft verpulvert. Es geht für die Herrschenden nicht nur um eine Krise ihres Finanzsystems. Es handelt sich um die tiefste Krise des Kapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise 1929. Damals verdreifachte sich die Erwerbslosigkeit in drei Jahren von 2 auf 6 Millionen Arbeitslose. Ein Zusammenbruch des Finanzsystems würde heute in jedem Fall eine massive Zunahme der Erwerbslosigkeit bedeu-

ten und die soziale Krise dramatisch beschleunigen. Eine politische Polarisierung nach „rechts“ und „links“ stände an. Der politische Durchbruch der Nazis in der Weimarer Republik fand nicht zufällig vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise – und den Fehlern der ArbeiterInnenbewegung – statt. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise setzt die Geschichte der Linken eine Frist. Sie verfügt nicht mehr über alle Zeit der Welt, um eine soziale Wende durchzusetzen.

Die Kosten der Krise dürfen nicht auf die lohnabhängige Bevölkerung abgewälzt werden, sondern die Schuldigen müssen zahlen. Es geht nicht an, einem Patienten, nämlich dem weltweiten kapitalistischen System, das an innerer Blutung leidet, eine Bluttransfusion nach der anderen zu verabreichen. Denn damit wird er erstens mit Sicherheit nicht gesund und zweitens muss die Allgemeinheit für die hohen Kosten dieser „Behandlung“ aufkommen. Wenn die gestrigen Apologeten des „Endes der Geschichte“ und des „freien Marktes“ – der alles zum „Wohle von Allen“ reguliert – wie Francis Fukuyama heute nach dem Staat und der Regulierung der Märkte, ja sogar nach einer Verstaatlichung der Banken rufen, dann wird es für viele glasklar, wie inkompetent und korrupt die herrschenden Eliten, besitzenden Klassen und PolitikerInnen weltweit eigentlich sind. Die Liberalisierung der Finanzmärkte wurde im Laufe der letzten Jahre zu einer Massenvernichtungswaffe der sozialen Rechte und der öffentlichen Dienste.

Wenn sich die Banken aus Misstrauen untereinander kein Geld mehr leihen, dann helfen keine Finanzspritzen. Schon 1848 hatte Marx im Kommunistischen Manifest gefordert: „Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol“. Nichts ist aktueller als diese Forderung. Sie setzt die entschädigungslose Enteignung aller Privat- und Landesbanken voraus.

Wir fordern deshalb:

- Entschädigungslose Enteignung der Banken!
- Die Banken müssen vergesellschaftet und zu einem einzigen öffentlichen Bankinstitut auf europäischer Ebene unter Kontrolle der Beschäftigten und der KundInnen überführt werden.
- Wir fordern die allgemeine Öffnung der Bücher aller Banken und Unternehmen, so dass eine effektive Kontrolle über alle Finanztransaktionen und die Bekämpfung der Steueroasen, usw. durch die Bevölkerung möglich werden.
- Wir fordern die sofortige Aufhebung des Artikels 56 des Vertrags von Lissabon, der jegliche Einschränkung der Freizügigkeit des Kapitals untersagt!

13 Vorschläge für eine soziale und demokratische Wende!

Nicht wir, arbeitende Menschen, Erwerbslose, Prekarierte und RentnerInnen sollen für die Krise zahlen:

Mehr denn je, bestehen wir in der Krise auf unseren Forderungen, insbesondere auf der Verteidigung der Löhne. Und wir wollen für alle eine bezahlbare Wohnung und die Kostenfreiheit der öffentlichen Verkehrsmittel.

Über diese Sofortmaßnahmen hinaus, müssen wir eine Gegenoffensive starten, z.B. im Bereich des Gesundheitswesens und der Renten. Für die Renten, ist es klar: Grundsätzlich gibt es kein Problem für die Finanzierung. Die Verlängerung der Dauer der Beitragszahlung und die Rente mit 67 sind nur Tricks zur Minderung des Einkommens der RentnerInnen über die Abschläge, denn es wird immer schwieriger, die volle Rente zu erreichen. Diejenigen, die es sich leisten können, wurden in diesem Zusammen-

hang aufgerufen, sich privat mit einer kapitalgedeckten Rente zusätzlich zu versichern. Doch die Krise des Finanzsystems zeigt eindeutig das erhebliche Risiko, das sie damit eingehen, wenn ihre Renten von Pensionsfonds abhängen. Millionen von Menschen in den USA zahlen heute bereits dafür den schmerzlichen Preis.

Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um zu gewährleisten, dass der Zugang zu einer qualitativ guten Gesundheitsversorgung für alle, insbesondere den ärmeren Menschen, nicht mit höheren Kosten (diverse Praxis- und Medikamentengebühren, Eigenanteile, usw.) verbunden wird.

Die gesellschaftliche Garantie von Renten und die Unentgeltlichkeit des Zugangs zu medizinischer Versorgung sind nicht nur die wichtigsten Maßnahmen der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch ein Mittel zur Bewältigung der Krise: Indem die Unsicherheit der Menschen im Hinblick auf ihre Zukunft verringert wird, werden die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen des Rückganges des Massenkonsums gemildert.

Wie bei Strike Bike 2007, Continental in Guadalajara, Mexico 2005, in vielen Betrieben in Argentinien bei der Krise 2001 oder bei Lip 1974 treten wir bei Fabrikschließungen oder Massenentlassungen dafür ein, dass die Bücher geöffnet und auf den Tisch gelegt werden. Wir unterstützen die Übernahme und die Kontrolle der Betriebe durch die Beschäftigten, die dann die Produktion im eigenen und im gesellschaftlichen Interesse weiterführen, im Gegensatz zu den Kapitalverwertungsinteressen der Bourgeoisie.

Die BefürworterInnen des Kapitalismus und ihre parlamentarischen Handlager (CDU/CSU, FDP, Grüne, SPD) versuchen das Profitsystem und ihre jeweiligen Varianten neoliberaler Politik als alternativlos darzustellen. *Die Linke* sieht

sich als grundlegende Alternative zu diesen Parteien und spricht sogar von der Notwendigkeit eines „demokratischen Sozialismus“, aber ihr „realpolitisches“ Ziel ist die Teilhabe an der Verwaltung des Kapitalismus. Eine Perspektive, die den Bruch mit dem Profitsystem anstrebt, hat *Die Linke* jedenfalls bisher nicht angeboten. Revolutionären SozialistInnen wird aus diesen Kreisen gerne „Utopismus“ und „Sektierertum“ vorgeworfen. Diese billige Polemik kann eine konkrete Auseinandersetzung mit unseren politischen Forderungen jedoch nicht ersetzen.

Unsere dreizehn Vorschläge für eine soziale und demokratische Wende sollen dazu beitragen, die gemeinsame außerparlamentarische Opposition gegen die neoliberale Offensive von Kabinett und Kapital zu entwickeln. Sie erfordern zumeist einen Bruch mit der herrschenden Logik der kapitalistischen Profitmaximierung. Vor allem aber sind es Forderungen, deren Umsetzung die Misere von Millionen Lohnabhängigen, Erwerbslosen und RentnerInnen beenden würde.

1. Mindestlohn jetzt!

Kein Mensch kann ein Leben ohne materielle Not mit weniger als 1.500 € brutto im Monat führen. Deshalb muss das Mindesteinkommen sofort auf diesen Betrag angehoben werden. Wir müssen durchsetzen, dass kein Branchentarif (und keine Rente) unter diesem Mindestbetrag liegt. Seit Jahren wächst die Produktivität und gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten. Als Antwort auf die wachsende Armut trotz Arbeit fordern wir die Einführung eines Mindeststundenlohns von 12 €, der jährlich an die Preissteigerungen angepasst wird.

2. Hartz IV muss weg!

Im Rahmen der „Agenda 2010“ wurden die so genannten Hartzgesetze beschlossen. Insbesondere Hartz IV bedeutet die staatlich organisierte

Enteignung und Entwürdigung von erwerbslosen Menschen. Wir treten für die umgehende Abschaffung dieses unsozialen Gesetzes ein.

Statt Hartz IV müssen alle Betroffenen sofort Anspruch auf 700 € Mindesteinkommen plus Warmmiete im Monat geltend machen können. Nicht die Hartz-IV-BezieherInnen, sondern die Banken, großen Firmen, ManagerInnen und BerufspolitikerInnen müssen zur Offenlegung sämtlicher Einkommen und Vermögen gezwungen werden. Darüber hinaus fordern wir einen zeitlich unbegrenzten Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld für alle Erwerbslosen.

3. Schluss mit der sozialen Unsicherheit!

Befristete Verträge, Saisonjobs, Scheinselbstständigkeit (Ich-AGs), Billigjobs mit staatlichen Zuschüssen, Praktika für Jugendliche, Minijobs, erzwungene Teilzeitjobs, nicht zuletzt die immer mehr verbreitete Zeitarbeit – das alles sind Erscheinungen einer zunehmenden sozialen Unsicherheit in der Arbeitswelt. Diese Maßnahmen erhöhen die Erpressbarkeit von Millionen Menschen – und die Profite. Sie haben jedoch keinerlei positiven gesellschaftlichen Beschäftigungseffekt. Deswegen treten wir für unbefristete Vollzeitverträge als allgemein gültige rechtliche Norm ein.

4. Entlassungen verbieten!

Zerstörte Existenzen, geschlossene Betriebe, verarmte Regionen und eine ungeheure Vergeudung menschlicher Arbeit und Erfahrungen sind das Ergebnis der Jagd nach immer höheren Profiten und Dividenden. Das ist kein Naturgesetz.

Es muss Schluss sein mit der Arbeitsplatzvernichtung! Es ist sehr wohl möglich, etwas gegen sie zu tun:

- Durch die Rücknahme der riesigen Subventionen und Steuergeschenke an das Kapital.
- Durch die entschädigungslose Enteignung von Unternehmen, die trotz Profiten entlassen oder Standorte schließen.
- Durch die Weiterführung dieser Betriebe unter gesellschaftlicher Kontrolle und die Sicherung der Arbeitsplätze durch einen aus Unternehmerbeiträgen finanzierten Solidarfonds, der die Lohnfortzahlung und den Arbeitsvertrag mit allen damit verbundenen Rechten sichert.

5. Arbeitszeit drastisch verkürzen!

Trotz des anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs im Lande des Exportweltmeisters sind nach wie vor Millionen offiziell als erwerbslos registriert.

Die Perspektive der Arbeitszeitverkürzung ist keine neue Idee, aber sie ist völlig unter die Räder der kapitalistischen Offensive zur Arbeitszeitverlängerung bei gleichzeitiger Lohnsenkung geraten.

Wenn die Massenarbeitslosigkeit wirklich bekämpft werden soll, erfordert das kürzere Arbeitszeiten und damit Arbeit für alle. Wir treten deshalb für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich in allen Beschäftigungsverhältnissen ein. Wir sind gegen Jahresarbeitszeitkonten, gegen flexibilisiertes Arbeiten ohne Ende und Lohneinbußen, aber für Neueinstellungen, die dem Umfang der Arbeitszeitverkürzung entsprechen.

6. Renten sichern!

Mit vorgeschobenen und obendrein verlogenen demografischen Argumenten hat die Große Koalition die „Rente mit 67“ beschlossen. Sie verschärft nicht nur für Junge und Alte die Probleme auf dem Arbeitsmarkt, sondern ist eine reine Rentenkürzung. Gleichzeitig mehren sich die Reich-

tümer der Herrschenden und die Einnahmen der Rentenversicherungen, so dass genügend Geld für eine ausreichende Rente für alle vorhanden ist. Deshalb schlagen wir ein faktisches Rentenalter von 60 Jahren vor, eine abschlagsfreie Rente nach 40 Beschäftigungsjahren und einen Rentensatz von 75 % des bisherigen Bruttoverdienstes (mindestens 1.500 €) vor.

7. Privatisierung der öffentl. Unternehmen und Dienstleistungen stoppen!

Erziehung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Energie- und Trinkwasserversorgung, Kommunikation, Wohnung, Verkehrswesen, Kitaplätze und Altenpflegeheime sind soziale Grundbedürfnisse und dürfen nicht als Waren im Dienste der Profitmaximierung missbraucht werden. Wir schlagen vor, die öffentlichen Dienstleistungen zu verteidigen, weiter zu entwickeln und zu verbessern. Deshalb müssen die bisherigen Privatisierungen zurückgenommen und das Monopol der öffentlichen Hand wiederhergestellt werden. Für neue gesellschaftliche Bedürfnisse müssen zusätzliche öffentliche Dienste geschaffen werden.

8. Frau und Mann gleich stellen!

Die strukturelle Benachteiligung von Frauen in Familie, Arbeitswelt und Öffentlichkeit ist nicht beseitigt. Wir führen deshalb den Kampf für die vollständige Emanzipation der Frauen weiter.

Wir treten ein für gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit in allen Beschäftigungsverhältnissen. Ebenso treten wir für eine Angleichung der Renten von Frauen ein, die durch erzwungene Teilzeitarbeit und durch mutterschaftsbedingte Auszeiten zwangsläufig unterbrochene Erwerbsbiografien haben.

Die immer noch verbreitete Gewalt gegen Frauen (und Kinder) muss gesellschaftlich geächtet und

gesetzlich verfolgt werden. Zusätzlich müssen die Schutzeinrichtungen für Frauen (Frauenhäuser) erhalten bleiben.

9. Ausgrenzung, Rassismus und Neofaschismus bekämpfen!

Das „Problem“ sind nicht die ImmigrantInnen, sondern Rassismus und Diskriminierung. Die zunehmende Zahl restriktiver Einwanderungsgesetze in den letzten Jahrzehnten verhindert nicht die Einwanderung, sondern treibt die MigrantInnen in die Illegalität und macht sie leichter angreif- und damit für die modernen Sklavenhalter ausbeutbar. Die Lösung liegt in der Gleichheit der Rechte: Recht auf Bestimmung des Aufenthalts- und Wohnortes, Legalisierung der „Illegalen“ und ein neues Staatsbürgerrecht, das nicht an die Nationalität gekoppelt ist, sondern das aktive und passive Wahlrecht allen EinwohnerInnen bei allen Wahlen zubilligt. Für die volle politische, soziale und rechtliche Gleichstellung! Der wachsenden Gefahr durch den Neofaschismus ist mit einer konsequenten Politik der Aktionseinheit entgegenzutreten.

10. Die Umwelt erhalten!

Alle Parlamentsparteien haben sich mittlerweile als „Kämpfer“ gegen den Klimawandel und für den Umweltschutz maskiert. Aber keine stellt real die kapitalistische Produktionsweise infrage, die den Profiten zuliebe die Umwelt zerstört und die Erde bedroht.

Wir treten für das Verbot des Anbaus von genmanipulierten Pflanzen ein. Gegen den Klimawandel fordern wir einen gesellschaftlich koordinierten Umbau der Energieerzeugung und -nutzung. Das bedeutet den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie sowie den geplanten Ersatz fossiler Brennstoffe durch saubere und erneuerbare Energieträger. Das erfordert ferner die bestmögliche Verringerung des Energie-

verbrauchs durch den Bau bzw. die Sanierung von Gebäuden, den systematischen Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Personen- und Güterverkehrs sowie das Verbot des Güterfernverkehrs auf der Straße.

11. Demokratische Rechte verteidigen!

Angesichts der verschärften Angriffe auf unsere demokratischen Rechte ist eine entschlossene Gegenwehr erforderlich. Ein uneingeschränktes Demonstrations- und Streikrecht ist hierfür unabdingbar. Der Ausbau des Überwachungsstaates, der unter dem Vorwand der „Terrorbekämpfung“ stattfindet, muss verhindert werden. Die wichtigen Entscheidungen, die unseren Alltag betreffen, werden nicht in Parlamenten gefällt, sondern hinter verschlossenen Türen in den Aufsichtsräten und Finanzinstitutionen. 300 000 KapitaleignerInnen, 100 000 ManagerInnen und 100 000 BerufspolitikerInnen betreiben den Klassenkampf von oben gegen 36 Millionen Arbeiterinnen und Angestellte und real 6-7 Millionen Erwerbslose. Dem müssen wir den Klassenkampf von unten entgegensetzen.

Menschen sollen zu einem demokratischen politischen Engagement ermutigt werden, das dem System des Berufspolitikertums entgegengesetzt ist. Wir treten für die Abschaffung der 5 %-Klausel bei Wahlen ein. Wir schlagen vor, direkte Demokratie im gesellschaftlichen Leben zu verankern und die Entscheidungs- und Kontrollgewalt der Menschen auf die Unternehmen, die Medien, die Stadtviertel und Kommunen auszudehnen.

12. Gegen das Europa der Bosse und Banken, für ein Europa der ArbeiterInnen!

2005 haben die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden der EU-Verfassung

10 Banken enteignen – Kapitalismus bekämpfen!

FÜR EIN NOTPROGRAMM ZUR LÖSUNG DER KAPITALISTISCHEN KRISE!

der „freien und unverfälschten Konkurrenz“ zum Scheitern verholfen. Wir setzen uns in Europa für die Angleichung der sozialen Rechte auf dem jeweils höchsten Niveau ein. Wir wollen europaweit gültige Mindestlöhne und ein gleiches Arbeitsrecht genauso wie den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen. Der Versuch, mit der Reform des europäischen Grundlagenvertrags die fehlende Zustimmung der Bevölkerungen zu ersetzen, ist europaweit zu bekämpfen.

13. Internationale Solidarität organisieren!

Im Gegensatz zur europäischen Aufrüstung und dem zunehmenden internationalen militärischen Engagement der Bundeswehr treten wir für den Austritt Deutschlands aus der NATO, den endgültigen Verzicht auf Atomwaffen und den Rückzug der deutschen Truppen aus dem Ausland ein. Schluss mit der Ausplünderung der südlichen Länder durch Multis wie Siemens, BASF und Daimler! Schluss mit der Unterstützung diktatorischer Regime. Sofortige und einseitige Streichung der Schulden, die den Großteil der Bevölkerungen der armen Länder erdrosseln.

Was das kostet?

Unsere Vorschläge sind mit einigen finanziellen Kosten verbunden. Aber deswegen sind sie nicht unrealistisch. Denn die Reichtümer zu ihrer Finanzierung sind vorhanden und zwar mehr denn je. Die einzige Frage, die sich stellt, ist: Wer bezahlt?

Unser Vorschlag lautet, das Geld von denen zurückzuholen, die es sich auf Kosten der Gesellschaft aneignen. Das Problem ist also rein politischer Natur.

Als Erstes sollten selbstverständlich die unproduktiven oder schädlichen Ausgaben der

öffentlichen Hand gestrichen werden: die Subventionen und Steuererleichterungen für Privatunternehmen und alle Geschenke an die Konzerne.

Parallel dazu bedarf es einer Einkommenssteuerreform, die die Progression wieder herstellt. Unternehmensgewinne sollen mit 50 % besteuert und die Bemessungsgrundlage für die Vermögenssteuer durch Einbeziehung der Firmenvermögen verbreitert werden.

Skandalös ist die ungleiche Verteilung der Reichtümer, die zwar von der großen Mehrheit erzeugt, aber nur von einer kleinen Minderheit abgeschöpft werden. Seit den 80er Jahren ist der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt gegenüber den Kapitalerträgen gesunken – das ist der wahre Jahrhundertraub! Dieses Geld zurückzuholen dient sowohl der volkswirtschaftlichen Entwicklung als auch der sozialen Gerechtigkeit.

Gemeinsam die außerparlamentarische Opposition aufbauen!

All diese Vorschläge sind keine Erfindung von uns. Sie sind in politischen, sozialen, gewerkschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre entwickelt worden. In Teilen sind sie bereits in der sozialen Bewegung und den Gewerkschaften verankert. Die Forderung nach der 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und Neueinstellungen wird zum Beispiel von der sozialen Bewegung vertreten. In einer Reihe von Arbeitskämpfen wurden fantasievolle Aktionsformen entwickelt wie tagelange Betriebsversammlungen (Alstom Mannheim), Tor- und Betriebsbesetzungen (Freudenberg Weinheim und Bike Systems Nordhausen) oder Streikeinsatzkommandos (Unikliniken NRW). Solche Kampfformen gilt es aufzugreifen und zu verallgemeinern. Praktisch alle wichtigen gesellschaftlichen und demokratischen Rech-

te wurden und werden durch Streiks (wie dem Kampf der LokführerInnen) und außerparlamentarische Bewegungen durchgesetzt oder vorbereitet. Diese Erkenntnis ist eine Voraussetzung für eine grundlegende Änderung der Kräfteverhältnisse im Interesse der arbeitenden Klasse durch einen politischen Generalstreik. Wir wollen diesen dreizehn Vorschlägen mehr Gehör verschaffen, damit sie im Zentrum zukünftiger Mobilisierungen des Widerstands und des Aufbaus einer wirksamen außerparlamentarischen Opposition stehen. Sie allein kann eine soziale und demokratische Wende im Interesse der großen Mehrheit erreichen.

Statt 3. Startbahn und Rüstungswahn: Öffentliche Projekte für Ökologie und Soziales!

Jenseits der unmittelbaren Verteidigung der ArbeiterInnen und der Gegenoffensive gegenüber der Macht der Finanzen, bietet die Krise für die antikapitalistische Linke eine große Chance, ihr Projekt einer alternativen, sozialistischen Gesellschaft aufzuzeigen. Es geht darum, von einer rein abstrakten Propaganda über die negativen Folgen des Kapitalismus und die Notwendigkeit der Sozialisierung der Produktionsmittel zur Formulierung von konkreten Forderungen überzugehen.

Wir können in der gegenwärtigen Situation, auf zwei Elemente zurückgreifen:

- Erstens dienen heute öffentliche Investitionen fast ausschließlich der Entwicklung derjenigen wirtschaftlichen Tätigkeiten, deren einziges Kriterium der maximale Gewinn ist. Dieses Modell steckt gegenwärtig tief in der Krise. Wir müssen also einen anderen Mechanismus für die Leitung der Wirtschaft entwickeln, nämlich eine Wirtschaft, die sich an der Befriedigung von so-

zialen und menschlichen Bedürfnissen und nicht am Profit orientiert.

- Zweiter Punkt: Die Erde und die Menschen sind heute am Rande des Abgrunds, da die jetzige Orientierung für die wirtschaftliche Entwicklung mit rasender Geschwindigkeit die Ökosysteme zerstört und schreckliche soziale Ungleichheiten produziert. Wir brauchen eine radikal andere Ausrichtung der wirtschaftlichen Tätigkeit. Da der Kapitalismus gerade in seiner Investitions- und Finanzpolitik versagt hat, müssen die Banken in einen öffentlichen Dienst überführt werden. Aber dieser öffentliche Dienst darf nicht zu einer Krücke im Dienst des Kapitals umfunktioniert werden. Es muss in der Gesellschaft ein wirklich demokratischer Prozess von unten in Gang gesetzt werden, um zu entscheiden, zu planen und die Grundzüge der wirtschaftlichen Aktivität und Investitionen in Abhängigkeit von den sozialen Bedürfnissen zu gestalten. Es müssen öffentliche Programme geschaffen werden für eine nachhaltige ökologische Entwicklung, die die Biosphäre noch retten kann, für Bildung, im sozialen und im Gesundheitsbereich. Diese Programme werden Hunderttausende sinnvolle Arbeitsplätze schaffen. Die Mittel dafür sind vorhanden. Wir müssen sie nur an der richtigen Stelle holen!

Der Kampf um den Erhalt und den Schutz der Umwelt und für eine menschliche Gesellschaft wird aber nur erfolgreich entschieden werden, wenn sich alle unterdrückten Menschen und Klassen erheben und den Kapitalismus endgültig überwinden. Wenn die da unten nicht mehr wollen und die da oben nicht mehr können, dann ist es eine Revolution, sagte Lenin vor langer Zeit. Viele Menschen spüren, dass es so nicht weiter gehen kann...

12 Banken enteignen – Kapitalismus bekämpfen!

DIE GROSSE KRISE VON 2008 – URSACHEN, STAATLICHES KRISENMANAGEMENT, FOLGEN



Die große Krise von 2008

Ursachen, staatliches Krisenmanagement, Folgen

Als Kanzlerin Merkel am 5. Oktober in Paris war, erzählte ihr Nicolas Sarkozy, dass er nachts um 4 Uhr 30 aus dem Bett geklingelt wurde: Monsieur le Président habe jetzt zwei Stunden Zeit, um ein Finanzinstitut zu retten, sonst vollstrecke der Markt das Todesurteil. Dabei schwang die Drohung mit, dass ein solches Todesurteil mit großer Wahrscheinlichkeit eine Kettenreaktion auslöst, die das gesamte Finanzsystem wie ein Kartenhaus zusammenbrechen lässt.

So erging es nicht nur dem französischen Präsidenten, ähnliche Szenen spielten sich zuvor in vielen Ländern ab, anfangs vor allem in den USA, dann aber auch in Europa und Asien. Der Markt, häufig als idealer Ort der Informationsbeschaffung, als optimaler Lenker für Produktion und Verteilung, als Schöpfer neuer Ideen schöngeredet, erweist sich als blinde, zerstörerische Macht, die dem Staat die Regeln aufzwingt. Und nun heißt die Regel nicht mehr, halte dich aus meinen Geschäften heraus, sondern sie heißt: Interveniere jetzt, damit ich auch in Zukunft noch bestehe und meine Geschäfte machen kann. Die neo-liberale Regel ist in eine keynesianische umgeschlagen.

Und die Staaten begaben sich ans Krankenbett des Kapitalismus, um ihren Patienten, von dem sie selbst leben, zu retten und wenn möglich zu kurieren. Er soll wieder normal funktionieren, er soll die Profite durch „Schaffung“ profitabler, d. h. niedrig bezahlter Arbeitsplätze vermehren. Er soll auf diese Weise zu höheren Steuereinnahmen des Staates beitragen.

Schnelles Handeln wurde erforderlich, als der Patient eine heftige Fieberattacke erlitt. Die Aktienkurse brachen in der zweiten Oktoberwoche so heftig ein, dass Statistiker den größten Wochenverlust in der Geschichte des Kapitalismus feststellten.

Als die europäischen Staatschefs am 13. Oktober ihre Rettungspläne vorstellten, sagte Merkel: „Der Staat ist der Hüter der Ordnung“. Und kaum jemand zweifelte daran, dass ohne die europaweiten Rettungsaktionen der gesamte Kapitalismus in einen Abwärtsstrudel geraten wäre. Die Europäer bringen mehr als 1.000 Milliarden Euro zur Rettung des Kapitalismus auf (darunter das deutsche 500-Milliarden-Rettungspaket), nachdem zahllose Einzelaktionen verpufft waren; die USA verabschiedeten zuvor ein Notprogramm von 700 Milliarden US-\$. Zur Beruhigung der Finanzmärkte senkten die bedeutendsten Notenbanken in einer koordinierten Aktion die Leitzinsen.

Die Staaten hatten den Zusammenbruch gerade noch abwenden können. Folgende Fragen werden behandelt: Was sind die Ursachen der großen Krise von 2008? Wie ist das staatliche Krisenmanagement zu beurteilen? Auf welche Grenzen stoßen solche Staatseingriffe? Mit welchen politischen Konsequenzen ist zu rechnen?

1. Warum die Finanzmarktkrise die Krise des Kapitalismus ist

Bis hinein in die gewerkschaftliche Diskussion wird die Krise als Resultat unregulierter Finanzmärkte, als bloße Finanz- und Bankenkrise gedeutet, die eine an sich gesunde Wirtschaft gefährdet. Dies ist eine sehr oberflächliche und die Verhältnisse stark beschönigende Betrachtung, die der kapitalistischen Wirklichkeit nicht gerecht wird.

Über den Versuch der Ökonomen, die Krisenursache jenseits des Kapitalismus anzusiedeln

Besonders weit treiben das der Neoliberalismus und die Neoklassik, die ein Marktmodell entwerfen, worin marktendogene Krisenprozesse ausgeschlossen sind. Krisen werden zu exogenen Ereignissen umgedeutet, die angeblich nichts,

14 Banken enteignen – Kapitalismus bekämpfen!

DI E GROSSE KRISE VON 2008 – URSACHEN, STAATLICHES KRISENMANAGEMENT, FOLGEN

aber auch gar nichts, mit dem Marktsystem zu tun haben. Äußere Umstände sollen es sein, etwa die Lohnpolitik der Gewerkschaften, die Finanzpolitik des Staates oder externe Schocks (Ölpreisschocks etc.), die das harmonisch wirkende Marktsystem stören würden. Wie widersinnig und wirklichkeitsfern dieser Marktutopismus ist, zeigt die jetzige Finanzkrise auf besondere Weise: Eigentlich sollen die Börsen den perfekten, vollkommenen Markt repräsentieren. Entgegen der Lehre sind es aber gerade die Börsen, die nun zusammenbrechen und der Staatshilfe bedürfen.

In der keynesianischen Theorie, die bei Gewerkschaftlern große Beliebtheit besitzt, wird der Marktsektor zwar etwas kritischer eingeschätzt. Es wird eingeräumt, dass der Marktprozess zu Instabilitäten neigt, so dass Arbeitslosigkeit entsteht. Aber dennoch wird an der These von der Stabilität der bürgerlichen Ordnung festgehalten, da der Staat angeblich alles managen kann, ohne irgendwelche Beschränkungen zu besitzen. Diese Vorstellung prägt die gegenwärtige Diskussion, die in den beschlossenen Rettungsplänen ihren praktischen Ausdruck findet.

Die Theorie vom „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ glaubt die bürgerliche Ordnung dadurch stabilisieren zu können, indem die Finanzmärkte stärker reguliert werden. Man wünscht sich einen normal funktionierenden Kapitalismus, wo die Finanzmärkte und Banken keine Herrscher, sondern bloße Mittler sind für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft.

Krisenzyklus, Kredit- und Zinszyklus

Erst in der marxistischen Krisentheorie wird die Krise umfassend erklärt als „die reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausglei chung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie.“ Die Finanzkrisen sind auffälligster Teil eines aus dem Kapitalismus heraus entstehenden Krisenprozesses.

Kapitalistische Entwicklung verläuft in Form von Akkumulationszyklen. Solche Krisenzyklen bestehen aus mehreren Phasen, aus der eigentlichen Krise, worin sich die Widersprüche der gesamten kapitalistischen Ökonomie zuspitzen und das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit schwindet, aus dem allgemeinen Rückgang der Geschäftstätigkeit, der häufig zu einer Pleitewelle in der Wirtschaft und zu erheblichen Belastungen des Bankensystems führt, und schließlich aus der Phase der Ruhe oder Stagnation, gewissermaßen die melancholische Phase des Kapitals, in der sich die Angst legt, aber die Unsicherheit über den Fortbestand der kapitalistischen Ordnung fortschwingt. Es folgen die wieder aufwärts gerichteten Konjunkturphasen, zunächst die Erholung, dann die Prosperität, die schließlich in die Phasen von Überproduktion und Krise übergeht. Nimmt man diese Phasenfolge ernst, dann stehen wir ziemlich am Beginn eines allgemeinen Rückgangs der Geschäftstätigkeit.

Es ist dieser Akkumulationszyklus, der einen Kredit- und Zinszyklus und damit auch die Finanzkrise hervorbringt, und es ist keineswegs umgekehrt.

Während der aufwärts gerichteten Konjunkturphasen existiert wegen der sich allmählich beschleunigenden Akkumulation großer Kreditbedarf, der aber meist reibungslos gedeckt werden kann, da großes Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Geschäftsleute besteht. Der Kredit expandiert, sowohl der Kredit, den sich Käufer und Verkäufer von Waren untereinander geben (zum Teil dargestellt als Wechsel), als auch der Kredit, den sich die Geschäftsleute bei den Banken bzw. die Banken untereinander holen. Bei relativ niedrigen Zinsen wächst auch der Kredit von Privatleuten, die gerade während dieser Zeit von Banken mit Kreditangeboten bombardiert werden. Dies gilt sowohl für Konsumentenkredite als auch für Immobilienkredite.

Go get organized !

Bitte senden an:

**RSB/IV.Internationale, Postfach 102610
68026 Mannheim**

Ich möchte:

- ein kostenloses Info-Paket bestellen.
- ein persönliches Gespräch mit dem RSB in meiner Nähe.
- ein Abo der Avanti bestellen für:
 - 3 Ausgaben (kostenlos)
 - halbes Jahr (13 Euro)
 - ganzes Jahr (25 Euro)
 - Förderabo über _____ Euro (mind. 30 Euro)
- ABO|to go. bei der Ortsgruppe _____ (1 Jahr, 10 Euro)
- monatlich _____ Euro an den RSB spenden.

Vorname, Name

Straße, Nummer

Postleitzahl, Ort

Datum, Unterschrift

Ich überweise das Geld (Vorkasse) auf das Konto: **Avanti, 544 904 901, Volksbank Hameln, BLZ 254 621 60** Verwendungszweck nicht vergessen!

16 Banken enteignen – Kapitalismus bekämpfen!

DIE GROSSE KRISE VON 2008 – URSACHEN, STAATLICHES KRISENMANAGEMENT, FOLGEN

Gegen Ende des Aufschwungs lässt die Dynamik der Nachfrage nach Waren bei stark steigendem Angebot nach. Stockender Warenabsatz mit Zahlungsverzögerungen ist die Folge, so dass das Misstrauen der Geschäftsleute untereinander sprunghaft zunimmt. Durch das Misstrauen sinkt die Bereitschaft, Kredite zu vergeben. Zugleich steigt aber der Kreditbedarf, um darüber Zahlungsmittel zu bekommen. Das Kreditsystem schlägt, wie Marx bereits im 19. Jahrhunderts feststellte, plötzlich ins Monetarsystem um. Bare Zahlung wird überall verlangt.

2. Warum fällt die Krise diesmal besonders heftig aus?

Die Krise äußert sich derzeit vor allem als Finanzkrise, genauer gesagt als Krise der Finanzinstitute, insbesondere der Banken, die wegen fauler Kredite teilweise zahlungsunfähig sind. Um der

Pleite zu entgehen, verkaufen sie auf den Kapitalmärkten u. a. Wertpapiere, um so an Liquidität zu kommen – daher auch der starke Kursverfall an den Aktienmärkten. Die Verflechtung zwischen den Banken ist derart eng, dass die Pleite einer Großbank zu einer Kernschmelze im gesamten Finanzsystem führen würde. Der Versuch, das „systemische Risiko“ zu begrenzen, steht im Vordergrund der staatlichen Rettungspakete.

Was sind die Ursachen für die besondere Heftigkeit der gegenwärtigen Krise? Erstens sind es die sich zuspitzenden Widersprüche des kapitalistischen Akkumulationsprozesses selbst, die zur Krise geführt haben und im Krisenprozess einen gewissen, vorübergehenden Ausgleich finden werden. Um die besondere Heftigkeit der Krise zu erklären, genügt es aber nicht, die normalen Widersprüche des Krisenzyklus anzuführen. Hinzu kommen die Widersprüche, die sich über mehrere Zyklen hinweg angesammelt haben.



Mit einem Probeabao der Avanti
bekommst Du mehr als nur ein
bisschen Kapitalismuskritik.



Die marxistische Monatszeitung

Jetzt kostenloses Probeabo anfordern!

www.rsb4.de/abo

3 Ausgaben. Keine automatische Verlängerung.

avanti@rsb4.de
Postfach 10 26 10
68 026 Mannheim

Was ist los im Betrieb, in der Gewerkschaft und auf der Straße? Berichte dazu, Analysen und noch mehr liest Du in der Avanti! Im Zentrum der Avanti steht die weltweite Abwehr gegen die Angriffe des Kapitals und seiner Regierungen.

Umschlag des Akkumulationstyps

Heute blicken wir auf eine Phase beschleunigter Akkumulation und auf einen stürmisch gewachsenen Welthandel zurück. Gründe dafür waren hohe Akkumulations- und Wachstumsraten in China, Indien und in anderen Regionen der Welt (zeitweise Mitteleuropa, Russland, die Golfstaaten, Brasilien), sowie die durch die Entwicklung neuer Produktivkräfte entstandenen Akkumulationsschübe in den neuen bzw. technologisch stark veränderten Wirtschaftszweigen wie der Computer-, Informations- und Kommunikationstechnologie, der Energieerzeugung (solare Energie, Windenergie) und der Biotechnologie. Die gesamte Weltproduktion ist auf eine neue, viel umfassendere Stufe gehoben. Folge davon war, dass die Krisenzyklen weniger stark ihre kritischen Seiten offenbarten. Die konjunkturelle Prosperität verlief in etlichen Ländern sehr stürmisch, in den meisten Ländern akzentuierter als sonst, während der Rückgang der Produktion gering war oder sich gar nur in rückläufigen Wachstumsraten zeigte. Größere Weltmarktkrisen hat es seit Mitte der 80er Jahre nicht gegeben.

Diese Phase scheint auszulaufen, so dass die kritischen Phasen des Konjunkturzyklus stärker in den Vordergrund treten. Denn die im Zuge des Aufbaus neuer Industrien und ganzer Industriezweige geschaffenen neuen Kapazitäten werden mehr und mehr genutzt und vergrößern das Angebot. Auf der anderen Seite sind die Großprojekte weitgehend abgeschlossen, der Nachfragesog lässt also nach. Nun stellt sich heraus, dass im Vergleich zur Nachfrage zuviel akkumuliert worden ist. Das Angebot ist tendenziell größer als die Nachfrage, mit der Folge, dass die Sturm- und Drangperioden des Kapitals in eine länger anhaltende Periode verlangsamer und instabiler Akkumulation übergehen. Der Ausgleich von Produktion und Markt wird diesmal heftiger als sonst ausfallen, so dass mit einem stärkeren Wirtschaftseinbruch zu rechnen ist.

Stärkere Kreditexpansion

Zweitens haben die für das Kapital verhältnismäßig guten Konjunkturjahre über mehrere Krisenzyklen hinweg zu einer allgemeinen Aufblähung des gesamten Kreditsystems geführt. An der Oberfläche zeigt sich die Kreditexpansion in Vermögensblasen, etwa in einer Aufblähung des Aktien- und Immobilienvermögens, in einem stark gewachsenen Anleihemarkt und in einer ungeheuren Masse von Finanzderivaten (etwa das sechsfache des Weltsozialprodukts), die der US-Geldkapitalist Warren Buffet vor Jahren schon furchtsam als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ bezeichnete, die eine „Megakatastrophe“ auslösen könnten. Schrumpft nun die Wirtschaft, dann ist die Bedienung von Schulden in Frage gestellt, so dass die aufgetürmte Kreditpyramide ins Wanken gerät.

Ungleichgewichte auf dem Weltmarkt

Drittens besitzt die sprunghaft gestiegene Verschuldung eine sehr problematische internationale Dimension. Die USA sind im Ausland hoch verschuldet. Das anhaltend hohe US-Leistungsbilanzdefizit verschärft die Lage von Jahr zu Jahr. Hinzu kommt nun noch die stark wachsende Staatsverschuldung. Trotz beider Schieflagen ist der US-\$ Weltreservewährung. Sobald die US-Wirtschaft stärker einbricht, geraten beide Kreditberge ins Wanken mit der Konsequenz, dass ausländische Anleger ihre Dollar-Bestände verkaufen. Ein Sturz des Dollars mit schwerwiegenden Turbulenzen für die Weltwirtschaft zeichnet sich ab. Dies wäre zugleich eine gewaltsame Bereinigung von Disproportionen auf dem Weltmarkt.

Die zurückliegende, scheinbar recht stabile Phase der Akkumulation ließ aber nicht nur solche Disproportionen entstehen, sie führte auch nicht nur zu einer allgemeinen Expansion des Kredits, sondern sie schuf auch neue Instrumente, um das gewachsene Bedürfnis nach Krediten rasch zu befriedigen.

Neue Kreditinstrumente

Der vierte Grund, der für die besondere Heftigkeit der Finanzkrise angeführt werden soll, betrifft solche innovativen Kreditinstrumente. Dazu gehören die Verbriefung von Forderungen (Kredite werden zu Paketen zusammengeschnürt und können dann in alle Welt verkauft werden) und der Handel mit Kreditderivaten. Solche Derivate dienen beispielsweise dazu, Kreditausfallrisiken durch CDS-Vereinbarungen (Credit Default Swaps) zu verkaufen. Durch die Möglichkeit des Verkaufs verbriefter Kredite bzw. von Kreditrisiken kann die Bank nun mehr Kredite vergeben, bis die Höhe ihres Eigenkapitals Schranken setzt. Solche Fortentwicklungen im Kreditwesen sind aber nicht nur ein wichtiger Hebel für eine beschleunigte Akkumulation, also auch ein Hebel zur Beförderung der dieser Akkumulation innewohnenden Widersprüche, sondern sie bilden zugleich ein wichtiges Element, wodurch das gesamte internationale Finanzsystem eine besondere Störanfälligkeit erhält. Denn es bedeutet, dass die Risiken weiter gestreut, die wechselseitigen Verpflichtungen undurchsichtiger sind, so dass schnell das globale Finanzsystem ins Chaos geraten kann.

Das Beispiel dafür lieferte die im vorigen Jahr einsetzende Finanzkrise: Eine sektoral und regional begrenzte Subprime-Hypothekenausfallkrise bei Eigenheimkrediten reichte aus, um selbst renommierte Bankhäuser in Europa ins Wanken zu bringen.

Immobilienkrise

Damit ist ein fünfter Punkt angesprochen, die Immobilienkrise, die sich nicht nur in den USA, sondern auch in Großbritannien, Spanien, Irland, Frankreich aber auch in Teilen Asiens zuspitzt. Ohne die neuen Finanzinstrumente wäre eine derart rasche Expansion der Kreditvergabe unmöglich. Aber ohne die Sturm- und Drangperioden des Kapitals hätte es nicht diesen

Bauboom gegeben, der das Kreditbedürfnis erst hervorrief. Niedrige Zinsen begünstigten eine steigende Nachfrage nach Immobilien; steigende Immobilienpreise ließen weitere Immobilienkäufe als attraktiv erscheinen. Mit dem Anstieg der Immobilienpreise wuchs die Möglichkeit für weitere Kredite, indem die teuren Immobilien zusätzliche Sicherheiten etwa für Konsumentenkredite boten. Die Spirale drehte sich immer weiter, bis eine nachlassende Bauwirtschaft die Gegenbewegung einleitete. Es waren die Zahlungsausfälle am US-amerikanischen Markt für Hypothekarkredite mit geringer Bonität (Subprime), die dann Mitte 2007 zur Bankenkrise beitrugen.

Umschlag des Kreditsystems ins Monetarsystem

Der sechste Punkt betrifft den Umschlag des Kreditsystems ins Monetarsystem. Eine solche Geldkrise bildet eine besondere Phase der Produktions- und Handelskrise. Diesmal ging sie aus der Immobilienkrise hervor. Was sie so schwerwiegend macht, ist der Umstand, dass sie mitten im Herzen des Finanzsystems stattfindet, nämlich genau dort, wo Banken untereinander Geld borgen. Seit Mitte vorigen Jahres trauen die Banken einander nicht mehr und meiden es, sich Kredite zu geben. Nach dem Bankrott der US-amerikanischen Investmentbank *Lehman Brothers* brach der Interbanken-Handel völlig zusammen. Eine kurzfristige Refinanzierung der Banken über den Geldmarkt war nun nicht mehr möglich – eine der Ursachen für den Zusammenbruch der *Hypo Real Estate*. Selbst nach den jüngsten Rettungspaketen sind die Banken immer noch misstrauisch und parken ihr Geld lieber zu ungünstigeren Zinsen bei der EZB, als es untereinander zu leihen. So lag nach Angaben der EZB das Volumen in der so genannten Einlage-Fazilität am 14. Oktober beim Rekordstand von 182,8 Milliarden Euro. In normalen Zeiten wird diese Möglichkeit wegen der ungünstigen Zinsen kaum genutzt.

3. Können Regierungen den Kapitalismus retten?

Die Regierungen haben es noch einmal geschafft, die Kernschmelze im Finanzsystem zu stoppen. Wird ihr Erfolg von Dauer sein oder ist es nur ein Pyrrhussieg, eine viel zu teuer erkaufte Rettungsaktion, die mehr einer Niederlage als einem Sieg ähnelt? Wo liegen die Grenzen staatlichen Handelns?

Privateigentum

Die erste Grenze ist durch das kapitalistische Privateigentum selbst gegeben, das der Staat unbedingt respektieren muss, will er sich selbst nicht prinzipiell in Frage stellen. Er darf nur mit „marktkonformen Mitteln“ agieren. Selbst wenn seine Akteure spürten, dass ein anderes soziales System im Schoße des Kapitalismus heranreift und sich darauf vorbereitet, als System der assoziierten Produzenten an seine Stelle zu treten, könnten sie als Funktionäre des Staates nichts anderes tun, als die Geburt des Neuen zu verhindern. Dies macht den bürgerlichen Charakter des Staates aus und führt zu der Schwierigkeit, angemessen auf die gegenwärtige Krise zu reagieren. Deshalb steckt der Staat in dem Dilemma, die Finanz- und Wirtschaftskrise nur durch solche Maßnahmen bekämpfen zu können, die den Keim einer weiteren Krise bereits in sich tragen. Über Systemalternativen wird nicht nachgedacht.

Daran hängt die zweite Grenze staatlichen Handelns. Der Staat finanziert sich über Steuern und Kredite. Beide Finanzierungsquellen liegen aber jenseits seines Gestaltungsspielraums, nämlich dort, wo sich die eigengesetzliche Reproduktion des kapitalistischen Prozesses vollzieht. Aber dieser Reproduktionsprozess verläuft in Form von Krisenzyklen, verbunden mit dem Problem, dass Stockungen in der Akkumulation auch den Staat durch ein schrumpfendes Steueraufkommen und durch Mehrausgaben treffen.

Verschuldungsgrenzen

Solch eine Konstellation kündigt sich nun an. Der Handlungsspielraum des Staates ist also durch eine stockende Wirtschaft eingeschränkt, obwohl weitere Interventionen erforderlich wären. Hinzu kommt die stark gestiegene Staatsverschuldung, vor allem in den USA. Die hohe Staatsverschuldung verkleinert die Manövriermasse, über die der Staat noch verfügt. Die Staaten werden unbeschadet kaum noch einen weiteren Kraftakt stemmen können, wie sie es jetzt mit ihren Rettungspaketen getan haben.

Besonders dramatisch wird es erst, wenn die schlechte Konjunktur große Industrie- und Handelsunternehmen zu Fall bringt. Die Banken werden dann erneut belastet und müssten auf die Kreditbürgschaften des Staates zurückgreifen. Die Staatsverschuldung würde ein weiteres Mal in die Höhe schießen. Weitere Notprogramme wären erforderlich, ohne dass der Staat die notwendigen Reserven dazu besäße. Die Staaten gerieten dann schnell in eine ausweglose Situation, in der sie ihr Vertrauen verspielen, egal, was sie tun.

Würden sie tatenlos zusehen, wie die Pleitewelle eine Firma nach der anderen dahinrafft, dann wären zwar erst einmal keine weiteren Kredite erforderlich, jedoch würde die sich ausbreitende Krise die finanzielle Grundlage der Staaten um so mehr untergraben. Würde sie stattdessen weitere Notprogramme zur Rettung von Konzernen auflegen, dann würde die Staatsverschuldung sofort zunehmen, mit der gleichen Folge, dass die Finanzmärkte die Kreditwürdigkeit des Staates in Zweifel zögen. In beiden Fällen bekäme der Staat keine neuen Kredite, die er aber unbedingt braucht, um wie ein Kreditritter die alten Schulden zu bedienen. Der Staat wäre pleite! Dann würden Nicolas Sarkozy oder andere Regierungschefs erneut aus dem Bett geklingelt mit der Nachricht, dass der Markt schon bald das Todesurteil vollstrecken würde, diesmal nicht über ein Finanzinstitut son-

dern gegenüber einem Staat. Bei einem kleinen Staat wie Island, der bereits Bankrott ist, kann der Zusammenbruch durch Auslandskredite noch abgewendet werden, nicht aber bei den großen Staaten. Die Staaten sind ebenso wie größere Konzerne auf das Vertrauen angewiesen, das ihnen die globale Finanzwelt entgegenbringt. Vertrauen lässt sich nicht erzwingen, selbst die USA können dies nicht.

4. Können Notenbanken den Kapitalismus retten?

Wie weit reicht der Handlungsspielraum der Notenbanken? Auf den ersten Blick haben sie keine Schwierigkeiten, Kredite in eigener Währung zu vergeben. Denn sie besitzen diese Papiermaschine, die wie durch Zauberschlag eine unerschöpfliche Geldquelle zu sein scheint. Aber das Notenausgabemonopol funktioniert nur, weil das Vertrauen da ist, die Notenbanken würden durch eine umsichtige Geldpolitik den Wert des Geldes einigermaßen stabil halten. Ein solches Vertrauen ist ungeheuer wichtig, denn es existiert kein wirklicher Wert, der hinter dem Geld steht. Die Goldeinlösungspflicht ist abgeschafft.

In der bisherigen Krise haben die Notenbanken ihr Vertrauen bereits aufs Spiel gesetzt. Erstens haben sie sich an den bisherigen Rettungsaktionen massiv beteiligt. Beispielsweise gewährten die Fed einen 30-Mrd.-Dollar-Kredit zur Rettung der US-Investmentbank *Bear Stearns* und einen 85-Mrd.-Dollar-Kredit zur Rettung des taumelnden Finanzriesen *AIG*. Die *Bank of England* half bei *Northern Rock* und bei anderen Instituten.

Zweitens erweiterten etliche Notenbanken den Kreis der Finanzinstitute, der sich bei ihnen verschulden kann.

Sie haben drittens die Bonitätsstandards der Wertpapiere vermindert, die für solche Kredite hinterlegt werden müssen. Etliche Notenbanken,

darunter die Fed, akzeptieren inzwischen auch verbrieft Forderungen mit fraglicher Kreditwürdigkeit, welche kaum noch ihren Abnehmer finden. Aber die Notenbanken nehmen sie ab und liefern dafür das allgemeine Tausch- und Zahlungsmittel. Dazu ein wichtiges Detail am Rande:

Mitte Oktober 2008 beschloss die EZB, die Liste notenbankfähiger Sicherheiten zu erweitern. Zu den Sicherheiten, die die EZB im Rahmen ihrer Offenmarktoperationen akzeptieren will, gehören nun auch marktfähige Schuldtitel, die auf US-\$, Pfund Sterling und Yen lauten, aber im Euroraum emittiert sind. Die Bonitätsanforderungen für Sicherheiten wurden von A- auf BBB- gesenkt. Das *Handelsblatt* (16.10.2008) zitiert einen Geldhändler mit den Worten: „Jetzt werden die Zentralbanken zum Mülleimer. Was passiert, wenn die jetzt beschlossenen, zum Teil doch eher fragwürdigen Sicherheiten nicht eingelöst werden?“

Dann passiert, dass die Notenbanken das Vertrauen verlieren, wie es vor ihnen die Geschäftsbanken verloren haben! Denn sie tauschen ihren eigenen Kredit gegen fragwürdige Kreditpapiere. Wenn zudem die heute noch als sicher geltenden Staatsanleihen problematisch werden, die gleichfalls in ihren Depots den Gegenposten für die emittierten Banknoten bilden, dann muss die Vertrauenskrise die Banknoten selbst erschüttern. Das Papiergeld würde nicht mehr als Zirkulations- und Zahlungsmittel akzeptiert, so dass die Notenbank die Macht verloren hätte, aus Papier Geld zu machen.

Zu welchen Konsequenzen ein solcher Vertrauensverlust führt, soll am Beispiel der USA skizziert werden.

5. Das Beispiel USA

Ein Vertrauensverlust des Staates einschließlich der Notenbank hätte für die USA und – wegen der großen Bedeutung der US-Ökonomie – auch

für den Weltmarkt besondere Konsequenzen. Der US-\$ fungiert traditionsgemäß als Weltreservewährung. Um diese Weltgeld-Funktion auch noch in Zukunft zu erfüllen, muss der US-\$ stabil sein. Ansonsten würden die Dollarbesitzer Einbußen hinnehmen mit der Konsequenz, dass sie sich ein anderes Wertaufbewahrungsmittel suchen müssten.

Die ausländischen Notenbanken, allen voran die chinesische und die japanische Zentralbank halten den Dollar in Form zinstragender Wertpapiere, die der US-Staat selbst emittiert oder zumindest garantiert hat. Die sprunghaft wachsende Verschuldung des US-Staates bei einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise lassen solche Wertpapiere mehr und mehr als problematisch erscheinen.

Hinzu kommt noch, dass die Fed fragwürdige Wertpapiere in ihrem Depot hält, auf deren

Grundlage sie den US-\$ emittiert hat. Eine Vertrauenskrise solcher Wertpapiere schlägt rasch um in eine Krise des US-\$. Die Währungsreserven sind also unsicher, nicht nur weil der Emittent der Wertpapiere an Vertrauen verliert, sondern auch deshalb, weil die Währung, auf die die Wertpapiere ausgestellt sind, unsicher ist. Welchen Grund sollten Anleger haben, eine Währung in Reserve zu halten, die auf faulen Krediten beruht. Und es würde sich unter Risikogesichtspunkten verbieten, diese zweifelhaft gewordene Währung noch dazu in Form zweifelhafter Wertpapiere zu halten, die der Staat möglicherweise gar nicht auf Dauer bedienen wird.

Für den US-\$ besteht also die Gefahr, dass die ausländischen Dollarbesitzer auf den Vertrauensverlust mit Verkäufen ihrer auf Dollar lautenden Wertpapiere und mit einem Umtausch in andere Devisen oder in Gold reagieren. Dies führte zum weiteren Kursverlust des Dollars, zu



einer Verteuerung der US-Importe und auf diesem Weg zu steigenden Preisen in den USA. Das Misstrauen in den USA gegenüber ihrer eigenen Währung würde durch solche Inflationsprozesse zusätzlich gesteigert. Eine Hyperinflation könnte die Folge sein, verbunden mit weiteren Kursverlusten des Dollars. Ein sich beschleunigt entwertendes Geld ist natürlich erst recht untauglich, als Anlage-Währung, also auch untauglich, als Weltreservewährung zu dienen.

Hyperinflation und Dollar-Crash würden nicht nur das Vertrauen erschüttern bzw. die Importe verteuern, sondern es würden sich weitere, noch viel ernstere Schwierigkeiten einstellen. Ausländische Exporteure würden US-\$ als unsicheres Zahlungsmittel ablehnen. Sie würden andere Waren, „harte“ Devisen oder Gold verlangen. Auf jeden Fall würden sie die Waren an den amerikanischen Importeur nicht auf Dollar-Kredit verkaufen.

Die USA sind im Ausland hoch verschuldet. Da ihre Leistungsbilanz chronisch defizitär ist, fließen den USA durch den Waren- und Dienstleistungsverkehr per saldo keine Devisen zu. Die Importüberschüsse sind nur möglich, weil die erforderlichen Devisen durch ausländische Geldanleger, die an die Stabilität des Dollars glauben, durch den Kauf von US-Wertpapieren ins Land fließen. Das Spiel geht solange gut, wie der Dollar als Anlagewährung weltweit attraktiv ist. Das Spiel ist aber aus, sobald der Dollar diese Attraktivität infolge des eigenen Wertverlustes verliert, wenn also die für den Importüberschuss benötigten Devisen nicht mehr als Kapitalanlage in die USA strömen. Und noch gefährlicher würde sich die Situation darstellen, wenn es statt der nötigen Devisenzuflüsse zu Devisenabflüssen käme, wenn also auch noch die Kapitalbilanz negativ würde.

Wegen fehlender Devisenzuflüsse und aufgrund von Geldabflüssen („Flucht aus dem Dollar“)

wären die USA gegenüber dem Ausland praktisch pleite. Die Fed könnte selbst die für den Außenhandel nötigen Devisen nicht mehr zur Verfügung stellen. Sie wäre machtlos, dagegen etwas zu tun. Ihre Macht ist auf die Ausgabe von Dollar begrenzt. Sie kann weder Devisen noch Gold herbeizaubern.

Zu dieser Grenze ihres Handelns kommt noch eine zweite hinzu. Sie kann auch die Warenbesitzer nicht zwingen, den Dollar als Kauf- und Zahlungsmittel einzusetzen. Das große Mysterium, das eine Notenbank umgibt, wenn sie Papier bedruckt, das dann als Geld aufersteht, löst sich nun in der Geldkrise auf. Es wird dann klar, dass die Notenbank zwar über eine Papiermaschine, nicht aber über eine Geldmaschine verfügt. Um Geld zu schaffen, reicht eine Druckerpresse nicht aus; es müssen noch andere Umstände hinzukommen, die aber von der Notenbank weder produzierbar, noch nennenswert beeinflussbar sind. Nur wenn die Notenbank das Vertrauen der Warenbesitzer hat, kann der bedruckte Papierzettel die Eigenschaft des Geldes erhalten.

Ohne Devisen müsste der Import der USA zusammenbrechen. Ohne Import würde die Industrie still stehen. Und ein solches Ausscheiden der USA aus dem Weltmarkt würde zugleich zu einem Stillstand des Welthandels führen. Eine gefährliche Abwärtsspirale der Wirtschaft wäre die Folge. Der Kapitalismus wäre am Ende.

6. Kapitalismus am Ende?

Regierung und Notenbanken können also nicht auf Dauer den Kapitalismus stabilisieren. Dazu reicht ihr Handlungspotenzial nicht aus, das durch die besondere Heftigkeit der Krise zusätzlich beschnitten wird. Eine Abwärtsspirale der kapitalistischen Wirtschaft zeichnet sich ab. Ist der Kapitalismus am Ende, vergleichbar mit den staatssozialistischen Ländern vor 20 Jahren?

Dass der Kapitalismus abgewirtschaftet hat, ist offensichtlich. Aber es fehlt eine real existierende Alternative, die einfach übernommen werden könnte. Das ist der Unterschied zu 1989, als sich die Menschen beeinflusst vom real existierenden Propagandaapparat des Westens einbilden konnten, dass der Kapitalismus ein Ausweg wäre.

Ein neuer Anlauf der Befreiung ist erforderlich, der mit dem ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus wichtige Voraussetzungen hat. Es zeichnet sich nämlich eine dramatische Zuspitzung der Widersprüche zwischen den Klassen ab: Die Staaten müssen sich entschulden und dies werden sie tun ganz auf Kosten der abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner durch Anhebung von Massensteuern, durch Senkung von Sozialleistungen und durch Enteignung der Sparer (mögliche Währungsformen und Staatsbankrotte). Die Unternehmen

werden Massenentlassungen vornehmen und versuchen, durch Lohnsenkungen, Verlängerung der Arbeitszeit und durch weitere Intensivierung der Arbeit den Rückgang ihrer Profite durch Erhöhung der Mehrwertrate aufzuhalten. Ein Kampf um die Mehrwertrate zeichnet sich ab, ein Kampf Klasse gegen Klasse, ein ökonomischer und zugleich politischer Kampf, bei dem es dann um mehr als um bloße Lohnsicherung geht. Es wäre ein Kampf um die künftige Gestaltung der Gesellschaft, der dann bald in einen revolutionären Befreiungsversuch münden könnte. Nur durch einen derart bewussten politischen Akt lässt sich der Kapitalismus abschaffen. Passierte das nicht, dann würde er sich nach einer Phase der Lähmung allmählich erholen und sein zerstörerisches Werk fortsetzen.

Guenther Sandleben, Oktober 2008

RSB/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte

und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter.

Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

In der öffentlichen Debatte wird die Krise überwiegend als ein vom ökonomischen Gesamtprozess abgetrenntes Phänomen aufgefasst. Zwar erscheint dieser Tage Karl Marx immer öfters auf den Titelseiten der bürgerlichen Zeitungen. Selbst das Kampfblatt der Neoliberalen, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, titelte vor wenigen Tagen „Marx hat Recht“. Doch im Gegensatz zu Marx wird die Krise hier, als durch „Gier und Größenwahn“ ausgelöste Schockwelle an den Finanzmärkten interpretiert. Günther Sandleben hingegen liefert mit seinem in dieser Broschüre abgedruckten Artikel „Die große Krise von 2008 – Ursachen, staatliches Krisenmanagement, Folgen“ eine andere, eine marxistische Analyse der Krise. Für ihn ist die Finanzkrise nur der auffälligste Teil eines aus dem Kapitalismus heraus entstehenden Krisenprozesses. Nicht die Raffgier einiger weniger BörsianerInnen und Bankenvorstände ist schuld an der Misere – die Profitlogik der kapitalistischen Wirtschaft erzeugt immer wieder solche Krisen!

Preis: 1 Euro
Solipreis 2 Euro